

„frühbürgerlichen Revolution“ ist — das läßt sich aus der Analyse Peschs mühelos schließen — noch weit entfernt davon, mit historischer Realität identifiziert werden zu können

Hans-Jürgen Goertz

*Klaus Scholder*, Die Kirchen und das Dritte Reich. Band I: Vorgeschichte und Illusionen 1918–1934, Propyläen-Verlag Berlin 1977, 912 S., 94 Abbildungen auf 38 Tafeln, 1 Kartenzeichnung.

Der Kirchenhistoriker Klaus Scholder hat das Jahr der Machtergreifung Hitlers im Blick auf die Kirchenpolitik in Deutschland historisch so aufgefaßt, daß die entscheidungsträchtige Atmosphäre wieder heraufzieht, die ich als junge Augenzeugin jener Zeit bei Auseinandersetzungen und theologischen Diskussionen über Staat und Kirche unter den damals führenden Mennoniten eindringlich zu spüren bekam.

Der erste Teil des Buches bringt die Vorgeschichte zum Ermächtigungsgesetz von 1933, das Hitler jene unumschränkte Macht sicherte, die Deutschland letztlich in ein unvorstellbares Chaos stürzen sollte. Der zweite Teil bringt die minutiöse Nachzeichnung des Jahres 1933 allein. Die Entscheidungen, die in diesem Jahr fielen und die weitere Entwicklung bestimmten, werden von Scholder so begriffen, daß das Selbstverständliche und das Besondere das Leben erhalten, das ihnen eignete. Kulisse und Atmosphäre verleiten den Kirchenhistoriker aber keinen Augenblick dazu, die Nüchternheit aufzugeben, die für eine unvoreingenommene Urteilsfindung unerlässlich ist. Mag die eine oder andere Begebenheit auch anders beurteilt, der eine oder andere Mensch anders gesehen werden: die Verarbeitung des historischen Materials bleibt einleuchtend.

Während seiner Arbeit an dem Verhalten der protestantischen Kirchen im Dritten Reich war Scholder auf die Notwendigkeit gestoßen, auch das Verhalten der römisch-katholischen Kirche einzubeziehen, u. a. weil ihm auffiel, wie katholisch Hitlers Kirchenverständnis geprägt war und wie selbstverständlich dieser sein Verständnis auf die evangelische Kirche übertrug. Hitlers evangelische Kirchenpolitik war damit von vornherein zum Scheitern verurteilt, stürzte die evangelische Kirche aber in eine ihrer stärksten Zerreißproben überhaupt.

Die Geschichte der Freikirchen im Jahr 1933 hat Scholder ausgespart. Sie soll im zweiten Band nachgeholt werden. Die Bemerkungen, die ich dazu hier einstreue, verfolgen den Zweck, die Darstellung Scholders und die

historische Kontroverse um die Haltung der Mennoniten im Dritten Reich an einigen Stellen in Beziehung zu setzen.

Die Lage vor 1933 erschien für das gesamte Christentum als Bedrohung: zu einer Bedrohung durch marxistisch-leninistischen Atheismus kam die ständig wachsende Bedrohung durch völkischen Atheismus und völkische Gottgläubigkeit, denen sich übrigens auch die politische Theologie in den dreißiger Jahren entgensetzte. Aus solcher Bedrohung wußte Hitler den Nutzen zu ziehen, sich als Beschützer, ja, als Retter des Christentums zu präsentieren. „Und solange der Blick in die Zukunft den Menschen verschlossen ist, wird man Anhängern wie Gegnern schwerlich einen Vorwurf daraus machen können, wenn sie ihre Entscheidungen an den bisherigen Erfahrungen und Maßstäben orientierten und nicht an der Figur eines Mannes, der auf seine Weise zweifellos eine Jahrhundertgestalt war.“

Im folgenden will ich die Geschichte des Protestantismus nach Scholder gerafft darstellen. Die Geschichte des Katholizismus mag auf sich beruhen, denn das deutsche Mennonitentum kam mit ihm kaum in Berührung. Die Auseinandersetzungen in den evangelischen Landeskirchen hingegen gingen an den Mennoniten nicht spurlos vorüber.

Die Revolution von 1918 machte den Protestantismus kirchlich, geistig und politisch heimatlos. Seine nationale, kaisertreu ausgerichtete Struktur brachte ihn in ein Dilemma, aus dem er nur nach und nach – nicht zuletzt dank seiner eigenständigen Landeskirchen – herausfand. Die theologische Begründung zu einer Umorientierung der Kirche-Staat-Beziehung bot sich in Römer 13.

Der Mann, der aus einer ersten Anpassung an die Weimarer Republik zu einer echten Umorientierung aufrief, war Otto Dibelius. In einem überregionalen Kirchentum wollte er die christlichen Normen so gefestigt wissen, daß der Revolutionsphase mit Schlagworten wie „Trennung von Kirche und Staat“, „Religion ist Privatsache“, einem zweiten Kultusminister wie Adolf Hoffmann, kurz einem „Staat ohne Gott“, eine starke christliche Eigenständigkeit gegenübergestellt werden konnte.

Parallel zu diesen Bestrebungen praktischer Art entstand eine lebhafte theologische Diskussion. Der junge Schweizer Theologe Karl Barth rief zur Wendung von den Christen zu Christus auf, seine „dialektische Theologie“ war radikale Kritik aller Ideologien und konnte so 1933 theologisch vernehmbar verkündigen, warum sich die christliche Theologie jetzt nicht mit dem Nationalsozialismus verbinden dürfe. Sie räumte weder christlichem Liberalismus noch religiösem Sozialismus, Kulturprotestantismus und Reich-

Gottes-Hoffnung eine Chance ein (und war daher auch die Theologie, der manche ältere freikirchliche Theologen nahestanden).

Daneben sollte von 1930 bis 1933 die „politische Theologie“ im Protestantismus (und bei jüngeren freikirchlichen Theologen) Resonanz finden und Hoffnung auf eine Neuorientierung der Kirche vermitteln. Nicht der einzelne Christ, sondern das Volk als Ganzheit hat seinen Beruf in der Gottesgeschichte. Die Kirche müsse darum ringen, dem Volk zu dienen, worin beides beschlossen liege: „eine wahrhaft deutsche Verkündigung des Evangeliums und das Eingehen der Kirche in die organischen Lebensformen und die lebendige Sitte des Volkstums.“ Diese Worte von Paul Althaus, auf dem Königsberger Kirchentag im Sommer 1927 gesprochen, und die Forderung, „wahrhaft Volkskirche zu werden und zu bleiben“, trugen zweifellos Mitschuld daran, daß im Protestantismus Antisemitismus und Arierparagraph theologisch diskussionswürdig werden konnten, wenn Althaus selbst auch eine völkische Religion als „Kurzschluß und Unmöglichkeit“ ablehnte. Mit ihrem Anspruch, die Zeichen der Zeit zu deuten, machte sich die politische Theologie gerade blind gegenüber den wahren Zeichen der Zeit.

Ausführlich geht Scholder auch auf die Grundlagen ein, die die Kirchenpolitik Hitlers bestimmten. Solange die NSDAP als eine völkische Religionspartei aufgefaßt werden konnte, war sie für keine der beiden Kirchen wählbar. Hitler begegnete in kluger Taktik dieser Tatsache, als er Artur Dinter 1928 aus der Partei ausschloß und ihn trotz wiederholter Bitte in späteren Jahren nicht wieder aufnahm. Mit Dinter hatte sich die Partei von dem letzten selbständigen Repräsentanten jener völkischen Tradition getrennt, aus der sie 1919 entstanden war. Sie hatte damit aber keineswegs auch diese Weltanschauung aufgegeben. Heß, Rosenberg, Streicher, Himmler, Bormann und Schirach kamen aus dem völkischen Lager und hielten am Gedanken einer religiösen Sendung fest, wenn Hitler auch bald nach dem Ausschuß Dinters in seiner Rede aus dem Jahr 1928 sagte: „In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt, der einem anders Gesinnten Widerstand entgegenträgt, ihn bekämpft oder sich als Erbfeind des Christentums provoziert. Diese unsere Bewegung ist tatsächlich christlich.“

Scholder hat herausgearbeitet, daß man es bei dieser Klarheit bewußt nicht beließ. Der „Mythus des 20. Jahrhunderts“, 1930 von Rosenberg als Privatmann herausgebracht, und Buttmanns Rede, 1931 im Völkischen Beobachter unter der Überschrift „Das positive Christentum der NSDAP“ abgedruckt, dienten dazu, weiterhin innerhalb der Partei und draußen unklare und weit

auseinandergehende Vorstellungen über Partei und Kirche zu nähren, um sich breiten politischen Handlungsspielraum zu bewahren.

Anfang der dreißiger Jahre kam es in manchen Teilen Deutschlands, vor allem in Thüringen, zu ernsthaften Bestrebungen unter jungen protestantischen Pfarrern, Kirche und NSDAP in Einklang zu bringen. Zumeist waren es Idealisten, die, gespeist von politischer Theologie und bündischem Gedankengut, eine christlich-völkische Erneuerung als „Deutsche Christen“ herbeiführen wollten.

Im zweiten Teil des Buches führt Scholder aus, daß der Tag der Macht-ergreifung in Wirklichkeit ein Prozeß war. In seinem ersten Abschnitt ein Prozeß von acht Wochen, in dem sich Hitler als Politiker mit klarer Konzeption und von erstaunlicher Anpassungsfähigkeit erwies, der auch zögernde Volksteile mitzureißen verstand. In diesem Vertrauensfeldzug spielten Christentum und beide Kirchen eine tragende Rolle. In seiner Regierungserklärung im März 1933 sicherte der Reichskanzler des Deutschen Reiches, nicht der Parteimann Hitler, in eindeutigen Formulierungen beiden Kirchen ihre rechtliche Unantastbarkeit und den Schutz und die Förderung des Staates zu. Mit ihrem Anspruch, eine nationale, überkonfessionelle, aber positive christliche Weltanschauungspartei zu sein, konnte die NSDAP jenen Teil des Protestantismus binden, der nur darauf gewartet hatte, sich einer rechtsgerichteten Partei anschließen zu können, die solche Bedingungen erfüllte. Die Politik besetzte hier einen Raum, den die Kirche leer gelassen hatte.

Zum Kapitel „Die Judenfrage“ und zur Terrorwelle 1933 soll auf diesem gedrängten Raum ein Satz Scholders das Elend wiedergeben: „Zunächst freilich triumphierten in der ganzen Frage Ende April Politik und Kirchenpolitik über alle christlichen Einwände und Bedenken.“ Dem Verfasser ist zu bescheinigen, daß er allen Wägbarkeiten und allen Unwägbarkeiten unvoreingenommen und ohne Aburteilung nachgeht, aber alle Schuld beim Namen nennt.

Es nimmt nicht Wunder, daß in dieser Zeit hektischer Zentralisierungsaktivität auch der protestantische Reformgedanke unter dem bedeutungsvollen Namen „Evangelische Reichskirche“ Gestalt annahm. Die turbulenten Begebenheiten um die Einigung der evangelischen Landeskirchen erfahren eine verlässlich gründliche Darstellung. Hitler hatte zwar den „Deutschen Christen“ während des Kirchenwahlkampfes Hilfestellung gewährt, half aber dem am 27. 9. 1933 gewählten Reichsbischof Ludwig Müller nicht bei den danach einsetzenden Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche. Der Staat wollte „strikte Neutralität“ wahren.

Am Ende des Jahres 1933 entschieden auf evangelischer Seite in vielen Landeskirchen nicht Politik und Kirchenpolitik über die Zukunft der Kirche, sondern Theologie und Glaube als das erstaunliche und bewegende Ergebnis dieses Jahres. Karl Barths theologischer Ansatz hatte sich trotz mancher ihm anhaftenden Schwäche, wie Scholder meint, in vielen Landeskirchen teilweise durchgesetzt, weil ein Stück christlicher Wahrheit wieder sichtbar wurde, ein Stück christlichen Glaubens und christlichen Trostes.

Das vorliegende Buch gibt Anlaß, die Einigungsbestrebungen des Mennonitentums im Jahr 1933 — insbesondere die vom 17.—19. November in Berlin — in Erinnerung zu rufen. Nach der Sportpalastkundgebung der „Deutschen Christen“ vom 13. 11. wird in vielen evangelischen Kirchen am 19. bzw. 22. 11. das Bekenntnis „zu Altem und Neuem Testament als einziger Regel und Richtschnur von Glauben und Leben“ nachdrücklich abgekündigt. Dieses Bekenntnis liegt in Übereinstimmung mit dem Leitsatz, den die Mennonitenverbände am 17. 11. in Berlin aufstellen: „Das Bekenntnis unserer Gemeinde gründet sich auf die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments als die alleinige Grundlage christlichen Glaubens, Lehrens und Lebens“, das sie am 19. 11. durch Abendmahl bekräftigen.

Der Versöhnlichkeit dieses Treffens wird theologische Relevanz zugesprochen: „Die Situation heute zwingt zur Entscheidung. Das ist ihr letztlich „apokalyptischer“ Charakter, d. h. ihr Enthüllungscharakter. Es wird alles entdeckt und aufgedeckt. Es kann kein Versteckspielen geben. Aus dem Spiel wird Ernst. Wir bekennen verschieden. Das ganze Neue Testament weiß davon. ‚Auf daß wir kommen zu einerlei Erkenntnis des Sohnes Gottes‘ — das ist ein eschatologisches Ereignis, ein Ereignis der ‚letzten Dinge‘. Der allerletzten Dinge! Wir sind auf dem Wege. Keiner soll zurückschauen, alle sollen sie weiterschreiten, mit vorgestrecktem Haupte laufen auf das Ziel hin, um es zu ergreifen. Die Gemeinde Christi ist eine Arena. Da herrscht kein Kirchhoffrieden. Da wird gearbeitet, da wandert man, da kämpft man. Und das ist in Berlin uns wieder allen zum Bewußtsein gekommen“ (B. H. Unruh, Zur Kirchenfrage der Mennoniten. V, 9. 1. 1934).

Liesel Quiring-Unruh